

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie schon im vergangenen Haushaltsjahr zwingen die Entwicklung der Steuerreinnahmen, zum Teil noch unkalkulierbare Zuweisungen oder Pandemiefolgenbedingte Mehrkosten der Aufstellung des Haushaltes enge Grenzen auf. Gerade deswegen empfiehlt die CSU-Fraktion, am zurückhaltenden Kurs festzuhalten. Unser Ziel ist es jedoch, auch in schweren Zeiten zu gestalten anstatt bloß zu verwalten.

Aus unserer Sicht gelten für die Aufstellung des Haushaltes 2022 (und der Finanzplanung) folgende Prämissen:

1. Unsere Kinder haben besonders unter den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie gelitten. Sie dürfen nicht weiter die Hauptlast tragen müssen.
Die laufenden Investitionen vor allem in die Schwerpunkte Bildung und Digitalisierung genießen deswegen weiterhin Priorität. Wo immer möglich, sollen sie weder gestoppt noch unterbrochen oder geschoben werden. Denn Verzögerung bedeutet gerade beim Bau Verteuerung. Andererseits ist es angesichts des „billigen Geldes“ nicht nötig, dass die Kommune die Baukonjunktur zusätzlich stützt.
Es gilt somit, den richtigen Weg zwischen Weiterführen und Anpassen zu finden. Wo die Chance besteht, durch Neuüberlegungen oder auch durch das Ausnutzen von Änderungen bei Vorgaben, Kosten zu sparen, müssen diese Möglichkeiten genutzt werden. Wo durch Verzögerungen absehbar nur noch höhere Kosten entstünden, müssen Vorhaben konsequent zu Ende geführt werden. Diese Zielsetzung gilt für alle Investitionen im Baubereich.
2. Auch die freiwilligen Leistungen zur Förderung von Ehrenamt, Sport und Kultur sollen nicht geschmälert werden.
3. Ein besonderes Augenmerk muss unserer Innenstadt gelten. Durch das Ergebnis des Bürgerentscheids sind allerdings noch viele Fragen offen, so dass eine konsistente Innenstadtpolitik erst weiterbetrieben werden kann, wenn diese zufriedenstellend geklärt sind. Die Kunst wird nun darin bestehen, die Bestandteile für eine attraktive Innenstadt „einzusetzen“, während ein großes Puzzleteil noch fehlt. Kommunale Förderungen können weiterhin Anreize setzen, sie können allerdings nachgesteuert werden, was ihre Zielgenauigkeit anbelangt. Dankenswerterweise investieren viele Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt – weil diese Investitionen per se attraktiv sind, nicht weil enorme Fördermittel fließen.
4. Die Lage erfordert es, weitere Schulden aufzunehmen. Allerdings erreichen die Darlehensaufnahmen, welche für 2022 und die weiteren Jahre geplant sind, Höhen, die zu allergrößter Aufmerksamkeit Anlass geben: Die seit dem Jahr 2005 mühsam zurückgeführten Schulden werden voraussichtlich zum Jahresende 2022 wieder erreicht.
Die Höhe der Gesamtschulden wird aus Sicht der CSU-Fraktion auch durch die Maßnahmen der künftigen Bundesregierung mitbestimmt (Stichwort: Entlastung von Altschulden). Hier gilt es, am Ende nicht zu den Verlierern einer großzügigen Regelung zu gehören.
Grundsätzlich gilt: Wir dürfen die nachfolgenden Generationen nicht über Gebühr belasten. Sobald die Möglichkeit besteht, Schulden wieder zurückzufahren, muss umgehend damit begonnen werden.

5. Wer Schulden aufnimmt, muss auch seine „Hausaufgaben“ machen. Allein von 2020 auf 2021 sind die Personalkosten der Stadt erneut um gut zehn Prozent gestiegen. Deswegen will die CSU-Fraktion einen Eckdatenbeschluss für Personal treffen: Die Gesamtzahl der Stellen soll nicht weiter steigen. Stellen, deren Inhaberinnen und Inhaber in Pension / Ruhestand gehen werden, sollen rechtzeitig dem Personalausschuss vorgelegt werden, damit diskutiert werden kann, ob die Stelle nachbesetzt werden muss, oder ob die Aufgaben verteilt werden können. Eine konsequente Rückführung politisch gewollter, geförderter Stellen ist nötig.
- Im Rahmen einer Verwaltungsreform 4.0 müssen Prozesse entschlackt und Aufgaben neu definiert werden. Ziel muss es dabei sein, durch Nutzen von Digitalisierungspotentialen mehr Aufgaben mit weniger Personal zu erledigen.
- Weiter gehört es zu den „Hausaufgaben“, Potentiale zu heben, welche im „Konzern Stadt“ schlummern. In den zuständigen Gremien müssen gängige Wege gefunden werden, die den Gesamterfolg des „Konzerns Stadt“ langfristig sichern und stabilisieren.
- Preise für städtische Grundstücke sollen überprüft und ggf. an die Marktlage angepasst werden.

Insgesamt sieht die CSU-Fraktion für das Haushaltsjahr 2022 und die darauffolgenden Jahre weiterhin die Chance, auf einem hohen Niveau zu investieren und gleichzeitig die Möglichkeiten zur Neuverschuldung, welche die finanzielle Basis der Stadt in einem gewissen Umfang objektiv erlaubt, nicht überzustrapazieren. Die anhaltende privatwirtschaftliche Dynamik in der Stadt, die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen sowie das sehr gute Arbeitsplatzangebot belegen, dass Amberg auch in der Krise attraktiv ist.

Der Stadtrat möge beschließen, die nachfolgend aufgeführten Positionen im Vermögenshaushalt der Stadt Amberg (vgl. Vorlage Anforderung_Vermögenshaushalt_2022_Stand_14_10_2021) wie vorgeschlagen zu verändern. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsstellen im Entwurf anzupassen.

lfd. Nr.	Maßnahme	Veränderung	Anmerkung
14	Update OK.JUG auf OK.JUS	65.000,- schieben in '23	Auftrag an Jugendamt und Personalamt: aufkommensneutrale Stellenbesetzung im Zusammenhang mit durch SGB VIII-Reform in '24 zu schaffender Stelle vorbereiten.
44	Erwerb von Waldgrundstücken	auf 50.000,- kürzen in '22 auf 100.000,- in '23 auf 200.000,- in '24	Auftrag an Verwaltung: Gelder der Polster lfd. Nr. 93 für Aufwertung von Waldflächen nutzen. Übernahme nichtverbraucher Reste möglich
64	Denkmalgräber	25.000,- einstellen in '22	2 Gräber herrichten
65	Sanierung Friedhofsmauer	30.000,- in '22 streichen	in '23 neu beantragen, sobald Sanierungskosten feststehen
79	Halbanonyme Urnengräber	auf 1.000,- kürzen in '22	
82	Haushaltsbefragung Verkehrszählung	keine Veränderung	Auftrag an Verwaltung: kombinieren mit Haushaltsbefragung von Klimaschutzstelle; Förderung prüfen

87	Umweltbericht Flächennutzungsplan	35.000,- in '23 schieben	Frühzeitiges Auslegen auch ohne möglich.
89	Bebauungsplankosten	keine Veränderung	Verwaltung wird beauftragt, Baugebiet Luitpoldhöhe/Neuricht priorisiert zu behandeln.
93	Aufwertung von Ökoflächen	keine Veränderung	Auftrag an Verwaltung: Gelder für Aufwertung von Waldflächen nutzen.
94	Brunnenelektronik	auf 10.000,- kürzen	
99	Sitzbänkeprogramm	20.000,- schieben	
103	Brachflächenkatasar	50.000,- schieben	
104	Flüchtlingswohnungen	500.000,- streichen	schon in 2021 bezahlt
106	Fassadenprogramm	250.000,- In '23 auf 200.000,- kürzen In '24 auf 150.000,- kürzen	Angesichts der Baukonjunktur ist es möglich und sinnvoll, mittelfristig zu verkürzen. Bei besserer HH-Lage kann aufgestockt werden.
107	Wohnraumprogramm Altstadt	50.000,- streichen	
121	Brandschutz Rathaus	auf 449.000 reduzieren (125.000,- in '22 schieben)	
136	Wimmerstadl	auf 15.000,- reduzieren	
151	Sporthalle Schule ARI	auf 15.000,- reduzieren in '23 270.000,- vorsehen	
158	Malerarbeiten Dreifaltigkeit	25.000,- einstellen in '22	
167	Schwaigerstr. Kanalauswechslung	575.000,- in '22 streichen 91.000,- in '23 streichen	
184	IG Nord Kanal	auf 400.000,- reduzieren	

Erläuterung: Die Maßnahmen sind mit den betroffenen Ämtern besprochen und zeitigen keine negativen Folgen (zB durch später ansteigende Kosten, entgehende Einnahmen).

Weiterhin möge der Stadtrat beschließen:

A) Eckdatenbeschluss Personalentwicklung:

Die Gesamtzahl der Stellen darf nicht weiter anwachsen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Stellen zu identifizieren, deren Inhaberinnen und Inhaber in Pension / Ruhestand gehen werden. Diese Stellen sollen rechtzeitig (d.h. bevor eine Wiederbesetzung / Ausschreibung angestrebt wird) im Personalausschuss vorgelegt werden. Dort

muss die Notwendigkeit der Stelle begründet werden. Die Verwaltung muss dazu auch Konzepte vorlegen, wie die Aufgaben ggf. umverteilt bzw. durch digitale Maßnahmen entschlackt werden können.

Geförderte Stellen sollen konsequent zurückgeführt werden. Die Verwaltung wird daher beauftragt, diese Stellen gesondert aufzuführen und dem Personalausschuss darüber Bericht zu erstatten.

B) Verwaltungsreform 4.0:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem Hintergrund, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommenden zehn Jahren ausscheiden werden (ca. 30 % insgesamt) und es schwieriger werden wird, die Nachfrage nach Fachkräften zu befriedigen, Prozesse zu entschlacken und Aufgaben neu zu definieren.

Dabei sollen Digitalisierungspotentiale genutzt werden, um künftig mit weniger Personal auszukommen (vgl. Rationalisierungseffekte durch automatisches Verbuchen in der Stadthauptkasse, Kassenautomaten, elektronische Prozesse für den Stadtrat, rein digitale Verlängerungen/Beantragungen von Ausweisen und Genehmigungen, ...). Stellen, die wegen konkreter Aufgaben aufgebaut werden mussten, müssen auch wieder zurückgeführt werden (vgl. Niederschlagswasser).

Es muss überprüft werden, ob und ggf. wie Dienstleistungen ausgelagert bzw. gewohnte Standards (z.B. im Bereich des Betriebshofes, der Stadtgärtnerei, bei Überwachungs- und Kontrollfunktionen, ...) sinnvoll reduziert werden können. Betriebliche Abläufe und Regeln müssen überprüft werden (z.B. Muss-Pause im Betriebshof abschaffen), dadurch entstehende Einsparungspotentiale sind zu realisieren.

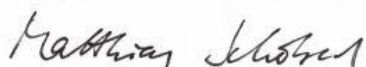
C) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumprogramm vorzulegen. Insbesondere soll überprüft werden, welche Räumlichkeiten / Gebäude unbedingt bzw. nicht benötigt werden. Letztere sollen konsequent vermietet, verpachtet oder verkauft werden. Bei der Beurteilung der benötigten Büroflächen müssen ausgeweitete Homeoffice-Regelungen ebenso berücksichtigt werden wie perspektivisch wegfallender Publikumsverkehr (Ersatz durch digitale Angebote).

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste der städtischen Liegenschaften vorzulegen, aus welcher hervorgeht, wie die Liegenschaften genutzt werden bzw. welche Mieteinnahmen erzielt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mieten und Pachten für städtische Liegenschaften zu überprüfen und ggf. eine Anpassung vorzuschlagen bzw. durchzuführen. Preise beim Verkauf städtischer Grundstücke sollen überprüft und ggf. an die Marktlage angepasst werden.

D) Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Ausbaustandards kritisch zu hinterfragen und mit Fördergebern abzustimmen. Hintergrund sind die überdimensionierten Schulküchen – solche unnützen Ausgaben müssen vermieden werden. Kreative Ideen können zur Kostenreduzierung genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Matthias Schöberl für die CSU-Fraktion